

Studierendenparlament des KIT

Das Präsidium

Studierendenparlament des KIT | Adenauerring 7 | 76131 Karlsruhe



Studierendenparlament des KIT

An alle Interessierten

Präsidentin
Nadja Brachmann

Fon: +49 721 608-48460
Fax: +49 721 608-48470

stupa@usta.de
www.asta-kit.de

Ihr Zeichen:	Ihre Nachricht vom:	Unser Zeichen:	Datum:
			13.06.14

Betreff: Einladung zur 23. Sitzung des Studierendenparlaments

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,
liebe Fachschaftsvorstände,
liebe Interessierte,

hiermit laden wir euch zur außerordentlichen 23. Sitzung des Studierendenparlaments der Verfassten Studierendenschaft am

Dienstag, den 17.06.2014 um 19.30 Uhr
Ort: Raum 006 in Geb. 20.13
ein.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Die Sitzung ist öffentlich, alle Anwesenden haben Rederecht.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Fragestunde der Öffentlichkeit
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Tagesordnung
5. Genehmigung der Protokolle
 - a) 22. Sitzung
6. Berichte
 - a) Allgemein
 - b) Senatskommission
 1. Ethikkommission
 - c) AStA
 - d) FSK
7. Wahl Finanzausschuss (3 Personen)

Präsidentin: Nadja Brachmann
Stellvertreter: Moritz Kühner, Michael Schiffner

8. Fachschaftsordnungen
 - a) Fachschaft Architektur – Kunstgeschichte
 - b) Fachschaft Mathe/Info
 - c) Fachschaft Geist/Soz
 - d) Fachschaft BGU
 - e) Fachschaft WiWi
9. Ersti-Blöcke und Informationsbroschüre
10. Aufhebung eines Veto der FSK
 - a) Veto der FSK zum Beschluss zur Anschaffung von Stofftaschen
 - b) Veto der FSK zum Beschluss Informationsbroschüre
11. Umbenennung Fritz-Haber Weg
12. Senatswahl
13. Ära GO
14. Nextbike
15. Auflösung Studierendenparlament
16. Sonstiges

TOP 5 Genehmigung der Protokolle
siehe Anhang: Protokoll_22_mit_Anhaengen.pdf

TOP 8 Fachschaftsordnungen

b) siehe Anhang: Gemeinsame Fachschaftsordnung der Fachschaften Mathematik und Informatik
11_6_2014.pdf

c) siehe Anhang: Fachschaftsordnung GeistSoz 1.3.pdf

e) siehe Anhang: EntwurfVerfassteFachschaftsordnung_WiWi_Version2.2.pdf

zu a) und d) liegen uns keine aktualisierten Anträge vor.

TOP 9 Ersti-Blöcke und Informationsbroschüre

Anträge Bernhard Riester (LuSt):

1. "Der AStA erstellt ein Ersti-Ventil in der Auflage von 3500 Stück zum Preis von 3200€"
2. "Der AStA erstellt ein Ersti-Ventil in der Auflage von 5000 Stück zum Preis von 4200€"
3. "Der AStA erstellt eine Infobroschüre in Kalenderform in einer Auflage von 6000 Stück für 5500€"
4. "Der AStA erwirbt 6000 Baumwolltaschen (natur, lange Henkel, einseitig bedruckt, eine Farbe, 6.000 Stück: 4.168,24 Euro)."
5. "Der AStA erwirbt 5000 Baumwolltaschen (einfarbig, lange Henkel, einseitig einfarbig bedruckt: 6500€"

Antrag Vera Schumacher:

"Der AStA erwirbt 5000 Blöcke (Spiralbindung, einfarbig, alle Seiten gleich (keine unterschiedlichen Infos pro Seite), 80 Blatt, Rückkarton grau) einfarbig bedruckt: 9.032,57 €"

Die Vielzahl der Anträge kommt daher, dass irgendetwas entschieden werden sollte und das sozusagen alle möglichen Dinge sind. Welche Konzepte sich hinter den jeweiligen Anträgen verbirgt wird mündlich vorgestellt.

Antrag der FSK (gestellt durch Victoria Schemenz):

Der AStA schafft für maximal 6500 € Blöcke an.

Hintergrund:

Wir haben in unserer Sitzung bereits ein Angebot für 60000 Blöcke, Spiralbindung, 50 Blatt, Innenteil 2/2 farbig gefunden für einen Preis von 6420,00€.

Wir denken, dass 50 Blatt für einen kostenlosen Block bereits ausreichen. Auch ein Block mit Leimbindung wäre für uns akzeptabel, diese Bindung senkt den Preis jeweils um ca. 50%.

TOP 10 Aufhebung eines Veto der FSK

Aufhebung eines Veto der FSK gem. §32(2) der Organisationssatzung

a) Die FSK legt ein Veto ein gegen den Beschluss des Studierendenparlaments bezüglich der Anschaffung von Stofftaschen als AStA-Werbemittel ein.

Die FSK schlägt als Alternativen StudyBloxx-ähnliche Blöcke oder einfache Blöcke vor. In diesen können dann auch Informationen gepackt werden.

b) Die FSK legt ein Veto ein gegen den Beschluss des Studierendenparlaments, dass der AStA eine Informationsbroschüre ohne Kalenderteil zu erstellen soll.

Begründung: Wir denken, dass eine Infobroschüre ohne Mehrwert wie einen Kalenderteil kaum auf Interesse treffen wird und kaum gelesen wird.

TOP 11 Fritz-Haber-Weg

Antrag von Nadja Brachmann (GAL) und Moritz Kühner (Jusos):

Die Studierendenschaft fordert die Umbenennung des Fritz-Haber-Weg zum Clara-Immerwahr-Weg.

Begründung:

Am Sonntag, den 18. Mai 2014 fand der vom KIT durch das ZAK organisierte Vortrag »Giftgas und das Janusgesicht der Wissenschaft. Das Beispiel des Chemie-Nobelpreisträgers Fritz Haber im ersten Weltkrieg« von Prof. Dr. Wolfram H.-P. Thiemann statt. In diesem wurde sich kritisch mit den Machenschaften von Fritz Haber vor allem während des ersten Weltkrieges bei der Schlacht um Ypern auseinandergesetzt. Prof. Thiemann forderte während seines Vortrags, das »Fritz-Haber Institut« der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in Berlin umzubenennen. In seinem Aufruf dazu schreibt er: »Mit seinen Forschungsarbeiten und seinen politischen Ambitionen hat Haber eines der schrecklichsten Kapitel der Kriegsführung, die Entwicklung und Anwendung chemischer Waffen als erstes Massenvernichtungsmittel, eingeläutet« und weiter, »Es wird Zeit, dass wir als verantwortliche Wissenschaftler auch der dunklen Seite des Nobelpreisträgers Fritz Haber Rechnung zollen: Das Chemiewaffenübereinkommen von 1997 und der Verhaltenskodex der Gesellschaft Deutscher Chemiker machen den Namen "Fritz-Haber-Institut" [1] nicht mehr länger vertretbar. Die Umbenennung des Instituts wäre eine mutige Konsequenz.«

Nachdem das KIT selbst die kritische Rolle Fritz Habers erkannt hat, wäre es nur konsequent, dass das KIT fordert, den Fritz-Haber-Weg auf dem Campus Süd umzubenennen.

Neben seinen Machenschaften während des ersten Weltkrieges, kommt bei Fritz Haber auch die menschliche Komponente hinzu. Obwohl sich seine Frau Clara Immerwahr am 02. Mai 1915, nach dem ersten erfolgreichen Giftgaseinsatz Fritz Habers, mit seiner Dienstwaffe das Leben nahm, reiste er dessen ungeachtet noch am selben Tag wieder an die Front um erneute Giftgaseinsätze zu überwachen. Damit lies er auch seinen dreizehnjährigen Sohn, der seine im sterben liegende Mutter gefunden hatte, alleine zurück.

Benennungen von Straßen bedeuten eine große Ehre und Würdigung für die namensgebende Person und sollten somit mit Bedacht ausgewählt werden. Daher sind nicht nur einzelne wissenschaftliche Leistungen zu beurteilen, sondern die Person in ihrer Gesamtheit. Im Falle Fritz Habers müssen wir als verantwortliche Akademiker*innen, vor allem wegen seiner Rolle im ersten Weltkrieg, zu dem Schluss kommen, dass ihm keine Würdigung zusteht. Somit ist die Straße umzubenennen.

Clara Immerwahr war eine der ersten Frauen mit Dokortitel in Deutschland. Sie promovierte 1900 als erste Frau an der Universität Breslau in physikalischer Chemie. Damit spielte sie eine wichtige Rolle im Kampf, Frauen den Weg für ein Studium zu öffnen. Da ihr selber eine akademische Karriere durch die Machtstrukturen an den Hochschulen verwehrt wurde, setzte sie sich stark für die Gleichberechtigung der Frauen ein.

Auch wenn ihre Mitarbeit totgeschwiegen wurde, hatte sie maßgeblich bei der Entwicklung des Haber-Bosch-Verfahrens an der Universität Karlsruhe mitgewirkt.

Sie setzte sich für eine humanitäre Wissenschaft ein und prangerte die Forschungen Habers zur Entwicklung und Verbesserung von Giftgasen und deren Verwendung an der Front als »eine Perversion der Wissenschaft« an und versuchte ihren Mann, leider erfolglos, davon abzubringen. Das Magazin Spektrum der Wissenschaft (1/1995) schreibt über sie: »"Immerwahr" war nicht nur der Mädchenname von Clara Haber (1870 bis 1915), sondern auch eine zutreffende Charakterisierung ihrer Person.«

Von daher sollten die Leistungen von Clara Immerwahr und ihr moralisches Vorbild entsprechend durch die Umbenennung des Fritz-Haber-Wegs in den Clara-Immerwahr-Weg gewürdigt werden.

[1] <http://www.fritz-haber-und-cwaffen.de/>

TOP 12 Senatswahl

Antrag Nadja Brachmann (GAL):

Die gemeinsame Liste des StuPa zur Senatswahl wird wie folgt besetzt:

1. Kandidat*in FSK
2. Kandidat*in GAL
3. Kandidat*in Piraten
4. Kandidat*in RCDS
5. Kandidat*in FiPS
6. Kandidat*in Jusos
7. Kandidat*in LHG
8. Kandidat*in LuSt
9. Kandidat*in Die Liste

TOP 13 Ära-GO

siehe Anhang: go_20140604.pdf

TOP 14 Nextbike

siehe Anhang: Kooperationsvereinbarung StuWe Nextbike.pdf

TOP 15 Auflösung des Studierendenparlaments

Antrag von Tobias Bölz (Die Liste) und Christian Krämer (LuSt):

Das Studierendenparlament löst sich selbst auf.

Begründung:

Das Studierendenparlament ist in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Dies hat sich im Zuge der Behandlung der Beitragsordnung und deren Nicht-Beschluss endgültig erwiesen.

Mehr als ein halbes Jahr nach der in den Übergangsbestimmungen der Organisationssatzung der Studierendenschaft gesetzten Frist (und etwa elf Monate nach Beginn seines Bestehens) war das Studierendenparlament noch immer nicht im Stande, eine Beitragsordnung zu verabschieden. Dadurch sah sich das Präsidium des KIT dazu veranlasst, im Rahmen der Rechtsaufsicht einzugreifen und anstelle des Studierendenparlaments eine Beitragsordnung für die Studierendenschaft zu beschließen. Viele Abgeordnete des Studierendenparlaments nahmen dies leider billigend in Kauf.

Die Organisationssatzung der Studierendenschaft, die in der Urabstimmung im vergangenen Jahr mit rund 96 % eine überwältigende Zustimmung fand, sieht – vollkommen zurecht – an verschiedenen Stellen, unter anderem für den Beschluss von Satzungen wie der Beitragsordnung, eine über die einfache Mehrheit hinausgehende qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten vor. Dadurch soll – Analog zu entsprechenden Hürden für eine Verfassungsänderung – sichergestellt werden, dass eine große Mehrheit der Studierenden bei einer entsprechenden Entscheidung repräsentiert fühlen. Dies haben offenbar die Abgeordneten, die für einen Änderungsantrag gestimmt haben, bei dem klar war, dass es bei seiner Annahme nicht zu der notwendigen Zweidrittelmehrheit kommen wird, nicht begriffen. Oder sie haben es darauf angelegt, dass der Beschluss fehlschlägt und das KIT-Präsidium an den demokratischen Strukturen der Studierendenschaft vorbei (in ihrem Sinne) tätig wird. In beiden Fällen: Diese Personen sind absolut ungeeignet, ein Mandat im Studierendenparlament wahrzunehmen. Leider stellen diese Personen eine Mehrheit der Abgeordneten des Studierendenparlamentes dar.

Es ist zurzeit auch gänige Praxis im Studierendenparlament, wichtige Themen wie die beispielsweise die Finanz- und die Beitragsordnung erst im späteren Verlauf der Sitzung zu behandeln. Dieses Vorgehen hat bereits bei der Finanzordnung dazu geführt, dass mehrere Anläufe für den Beschluss benötigt wurden, da teilweise nichtmehr mehr Zweidrittel aller Abgeordneten anwesend waren. Den Höhepunkt fand diese Handlungsweise, als am letzten Termin, an dem ein Beschluss der Beitragsordnung möglich war, eine Tagesordnung verabschiedet wurde, eine Befassung der Beitragsordnung erst am späten Abend vorsah, einen absolut nicht zeitkritischer Tagesordnungspunkt zur Mitgliedschaft im fzs jedoch an den Beginn der Sitzung vorgezogen wird. Alleine der Beschluss einer solchen Tagesordnung zeugt davon, dass das Studierendenparlament nicht handlungsfähig ist und eine Mehrheit insbesondere aus Jusos und „Grünen“ daran auch kein Interesse hat. Es kann doch nicht allen ernstes Anliegen der Studierendenschaft sein, Mitglied in einer Organisation zu werden, die hohe Mitgliedsbeiträge erhebt, ohne die dafür Notwendige Grundlage für die Erhebung der eigenen Beiträge für die Studierendenschaft beschlossen zu haben.

Da das Studierendenparlament nicht handlungsfähig ist und die Mehrheit der Abgeordneten im Studierendenparlament leider nicht an einer Zusammenarbeit im Sinne der Organisationssatzung interessiert sind, sehen wir uns leider zu diesem Antrag auf Selbstauflösung veranlasst.

Mit freundlichen Grüßen

Nadja Brachmann